

STADT NORDEN

Niederschrift

über die Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses (01/WiFi/2010)
am 25.02.2010
im Sitzungszimmer des Rathauses

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses am 19.02.2009
- öffentlicher Teil -
0758/2009/1.1
7. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses am 16.11.2009
-öffentlicher Teil-
0955/2009/1.1
8. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2009
-öffentlicher Teil-
0962/2009/1.1
9. Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH; Berichte der Geschäftsführung
10. Vorstellung des Wirtschaftsförderbeirates der Stadt Norden
0985/2010/3.2
11. Wirtschaftsförderungsprogramm 2009 der Stadt Norden - Sachstandsbericht 2. Halbjahr 2009
0986/2010/3.2
12. Reaktivierung der Bahnstrecke Norden-Hage-Dornum-Esens;
Abschluss der Zweckvereinbarung zum Erhalt der Bahnstrecke der Küstenbahn Ostfriesland
0982/2010/3.2
13. Erteilung einer verkehrsbehördlichen Erlaubnis und Sondernutzungserlaubnis für die Ausrichtung des Ludgeri-Weihnachtsmarktes
0995/2010/3.2
14. Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 einschl. der Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen und des Eigenbetriebes SEN
a) Beschlussfassung über die Jahresrechnung und die Jahresabschlüsse
b) Entlastung der Bürgermeisterin
0972/2010/1.1
15. Dringlichkeitsanträge

16. Anfragen
17. Wünsche und Anregungen
18. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vertretungen:

Ratsfrau Niehaus ist für den Ratsherrn Look und Ratsfrau van Gerpen für den Ratsherrn Hlnrichs erschienen.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Die Tagesordnung wird beschlossen. Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Es liegen keine Eilentscheidungen zur Bekanntgabe vor.

zu 5 Bekanntgaben

Bürgermeisterin Schlag gibt bekannt, dass der ständige Ausschuss, ein mit Fachleuten besetztes Gremium des Landes Niedersachsen, in seiner Sitzung am 24.02.2010 dem Antrag der Stadt Norden um den Titel „Staatlich anerkanntes Nordseeheilbad“ entsprochen und somit Norden-Norddeich die begehrte Auszeichnung dem Grunde nach zuerkannt habe.

Aufbauend auf diesen Beschluss folge nunmehr ein schriftliches Gutachten des Niedersächsischen Heilbäderverbandes. Mit Vorlage dieses Gutachtens werde dann das Niedersächsische Wirtschaftsministerium in Hannover später gebeten, einen formellen Anerkennungsbescheid zu erteilen.

Ferner gibt die Bürgermeisterin hinsichtlich des bisherigen Winterdienstes des Baubetriebshofes folgende Zahlen bekannt:

Es wurden bis jetzt von den Bediensteten des Baubetriebshofes 5.500 Stunden Winterdienst geleistet (Personal- und KFZ-Stunden).

Dabei wurden 773 Tonnen Streugut (Schlacke, Sand-Salz-Gemisch, Streusalz) verbraucht.

Die Gesamtkosten belaufen sich –ohne frostbedingte Folgeschäden- auf rd. 375.000 €. Allein für das Streugut sind Kosten in Höhe von 75.000 € angefallen, 15.000 € betragen die Mehrkosten bei den Kraftstoffen.

In „normalen Jahren“ seien im Vergleich Kosten für 175 t Streugut und für 1.500 bis 1.800 Personal- und KFZ-Stunden entstanden.

Die Kosten für die Beseitigung der frostbedingten Folgeschäden müsse noch ermittelt werden. Die Finanzierung werde eventuell durch Mittelumschichtungen in den Budgets erfolgen.

Aus haftungsrechtlichen Gründen würden zunächst die in vielen Straßen entstandenen Schlaglöcher verfüllt werden.

**zu 6 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses am 19.02.2009
- öffentlicher Teil -
0758/2009/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Entfällt.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss beschließt:

Die Niederschrift wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	7
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	2

**zu 7 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses am 16.11.2009
-öffentlicher Teil-
0955/2009/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Entfällt.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss beschließt:

Die Niederschrift wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	6
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	3

**zu 8 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2009
-öffentlicher Teil-
0962/2009/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Entfällt.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss beschließt:

Die Niederschrift wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	6
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	3

zu 9 Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH; Berichte der Geschäftsführung

Die beiden Geschäftsführer der Wirtschaftsbetriebe Richtstein und Schrock-Opitz berichten jeweils über die Bereiche „Versorgung“ und „Tourismus“ in Form einer Powerpoint-Präsentation. Die entsprechenden Unterlagen sind dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Zum Thema „Anerkennungsverfahren zum Nordseeheilbad“ macht Bürgermeisterin Schlag deutlich, dass eine Bündelung von Aktivitäten in Norddeich durch die Klinik-Gesellschaft, Kur-ärzte und Vertreter der Kurklinik zum Verfahren beigetragen hätten.

FBL Harms fügt hinzu, dass hierbei die kurärztliche Kompetenz wichtig gewesen sei.

**zu 10 Vorstellung des Wirtschaftsförderbeirates der Stadt Norden
0985/2010/3.2**

Sach- und Rechtslage:

Zeitgleich mit dem Beschluss über das Wirtschaftsförderungsprogramm wurde vor drei Jahren der Wirtschaftsförderbeirat eingerichtet. Dies Gremium gewährleistet einen schnellen und un-

bürokratischen Entscheidungsprozess. Außerdem kann den Antragstellern eine vertrauliche Behandlung der offenzulegenden Unternehmensdaten garantiert werden.

Dem fünfköpfigen Gremium gehören Vertreterinnen und Vertreter der Norder Wirtschaft an, die entweder in Norden ihren Wohnsitz haben oder für ein Norder Unternehmen arbeiten bzw. gearbeitet haben. Seitens des Rates wurde jedoch großer Wert darauf gelegt, dass keine „aktiven“ Bänker in den Beirat entsendet werden. Ein Vorschlagsrecht wurde der OLB Norden, der Raiffeisen- und Volksbank Fresena EG und der Sparkasse Aurich-Norden sowie der Handwerkskammer für Ostfriesland und der IHK für Ostfriesland und Papenburg eingeräumt.

Bis zum heutigen Tag hat es, aufgrund des Ausscheidens eines Beiratsmitgliedes, nur einen Wechsel im Beirat gegeben. Das Gremium setzt sich heute wie folgt zusammen:

- Frau Angelika Eilts (Vorschlag der Handwerkskammer)
- Herr Friedrich-Onno Habben (seit 2009, auf Vorschlag der IHK)
- Herr Ubbo Lorenz (auf Vorschlag der RaiVoba Fresena eG)
- Frau Heike Müller (auf Vorschlag der Sparkasse Aurich-Norden)
- Herr Jakob Ufken (auf Vorschlag der OLB Norden)

Die Beiratsmitglieder werden in der Sitzung für Fragen zur Verfügung stehen.

Verw.-Ang. Swyter gibt kurze Erläuterungen zur Zusammensetzung, Aufgabenstellung und Arbeitsweise des Beirates. Außerdem entschuldigt er die urlaubsbedingt abwesenden Beiratsmitglieder Heike Müller, Ubbo Lorenz und Jakob Ufken. Die persönliche Vorstellung der drei vorgenannten Personen soll in einer der nächsten Ausschusssitzungen nachgeholt werden. Anschließend stellen sich beiden anwesenden Beiratsmitglieder Friedrich-Onno Habben und Angelika Eilts persönlich vor. Sie berichten detailliert über die Verfahrensweise bei der Beratung der Förderanträge im Beirat.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

zu 11 Wirtschaftsförderungsprogramm 2009 der Stadt Norden - Sachstandsbericht 2. Halbjahr 2009 0986/2010/3.2

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 4. Dezember 2008 das Wirtschaftsförderungsprogramm 2009 beschlossen. Der Wirtschaftsförderungsbeirat tagte im zweiten Halbjahr 2009 dreimal (2009 insgesamt: fünf Sitzungen).

Die nachfolgenden Informationen spiegeln die hohe Akzeptanz und die positive Resonanz, bezogen auf das Wirtschaftsförderungsprogramm, wieder:

- Es wurden 15 Antragsverfahren (2009 gesamt: 32) eingeleitet, die in jedem Einzelfall umfangreiche Beratungsgespräche umfassten. In 7 Fällen (2009 gesamt: 13) kam es zu konkreten Antragstellungen.
- Der Beirat hat über sieben Anträge (2009 gesamt: 12) entschieden, fünf Ablehnungen (2009 gesamt: acht) steht eine Bewilligung (2009 gesamt: zwei) gegenüber. Ein Antrag

wurde zunächst zurückgestellt.

- In dem o.g. Fall wurde ein Darlehn in Höhe von 15.000 € ausgezahlt, die Gesamtsumme für das Jahr 2009 beträgt 20.000 €. In drei Fällen (2009 gesamt: 6) konnten zusätzliche Wirtschaftsfördermittel des Landes bzw. des Landkreises Aurich eingeworben werden.
- Die Zins- und Tilgungsbeträge werden im Einzugsverfahren von der Stadtkasse vereinbart. Bisher kam es bei der Abwicklung zu keinerlei Problemen.
- Im Jahre 2009 betragen die Zinseinnahmen insgesamt 1.113,70 € und die vereinnahmten Tilgungsraten beliefen sich auf 16.428,74 €.

Weitere Einzelheiten können in der Sitzung mündlich vorgetragen werden.

Verw.-Ang. Swyter erläutert die Sach- und Rechtslage anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2 dieser Niederschrift).

Ratsfrau Albers möchte wissen, zu welchen Branchen die beiden geförderten Betriebe gehören.

Verw.-Angest. Swyter teilt mit, dass es sich in einem Fall um einen Einzelhandel mit Oberbekleidung und in dem anderen Fall um ein Unternehmen aus der Gesundheitsbranche handelt.

Ratsherr Remmers erkundigt sich, ob das Budget für die Wirtschaftsförderung ausreichend ist.

Verw.-Ang. Swyter erwidert, dass dem FD 3.2, im Vergleich mit den Nachbarkommunen, nur ein sehr kleines Budget zur Verfügung steht. Insoweit sind die Handlungsmöglichkeiten beschränkt.

Beigeordneter Wiltfang erkundigt sich nach der personellen Situation des FD 3.2 nach dem Ausscheiden des Fachdienstleiters Hedemann.

Bürgermeisterin Schlag erwidert, dass seitens der Verwaltung derzeit eine externe Stellenausschreibung vorbereitet wird. Für den Aufgabenbereich „Standort-/Stadtmarketing“ soll eine entsprechende Fachkraft gewonnen werden, die dann in das Team des FD 3.2 eingebunden werden soll.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

zu 12 Reaktivierung der Bahnstrecke Norden-Hage-Dornum-Esens; Abschluss der Zweckvereinbarung zum Erhalt der Bahnstrecke der Küstenbahn Ostfriesland 0982/2010/3.2

Sach- und Rechtslage:

Auf der Grundlage der vorliegenden Potenzialanalyse hat es in den letzten Monaten mehrere interkommunale Abstimmungsgespräche gegeben. In diesem Zusammenhang ist besonders die Änderung der städtebaulichen Planungen der Stadt Esens erfreulich, die eine weitestgehende Reaktivierung der alten Trassenführung ermöglicht.

Hinsichtlich des weiteren Vorgehens haben sich die Vertreter der Landkreise Aurich und Wittmund, der Städte Esens und Norden sowie der Gemeinden Dornum, Großheide und Hage auf die beiden nachfolgenden Schritte verständigt:

- I. Die beiden Landkreise erarbeitet ein Papier, in dem die bisher vorliegenden Erkenntnisse komprimiert dargestellt werden. In dieser schriftlichen Ausarbeitung soll konkret dargestellt werden, welche Argumente für eine Reaktivierung der Küstenbahn sprechen. Es soll dann als Grundlage für weitere Gespräche mit dem Land und dem Bund heran-

gezogen werden können.

- II. Den Räte der beteiligten Gemeinden und den beiden Kreistagen soll eine Zweckvereinbarung zur Beschlussfassung vorgelegt werden, deren Zielsetzung ein Erhalt der Bahnstrecke der Küstenbahn Ostfriesland ist.

Weitere Informationen können in der Sitzung auf Wunsch mündlich vorgetragen werden.

Verw.-Ang. Swyter erläutert die Sach- und Rechtslage anhand einer Präsentation (siehe Anlage 3 dieser Niederschrift).

Ratsfrau van Gerpen sieht in den Ergänzungen der Tischvorlage, neuerliche Einschränkungen für eine mögliche Nutzung der alten Trasse.

Beigeordneter Wilfang erkundigt sich, ob es seitens der Samtgemeinde Esens weitergehende Planungen gibt?

Verw.-Ang. Swyter sieht durch die Neuformulierung keine weiteren Einschränkungen, es handelt sich dabei lediglich um eine Klarstellung hinsichtlich der bereits vorhandenen Bebauung bzw. Planung. Der interkommunalen Projektgruppe sind im Gebiet der Stadt Esens keine weitergehenden Planungen, über die „Kreisel“- und „Lidl“-Vorhaben hinaus, bekannt oder vorgebracht worden.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Norden stimmt der interkommunalen Zweckvereinbarung zum Erhalt der Bahnstrecke der Küstenbahn Ostfriesland zu.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 13 Erteilung einer verkehrsbehördlichen Erlaubnis und Sondernutzungserlaubnis für die Ausrichtung des Ludgeri-Weihnachtsmarktes 0995/2010/3.2

Sach- und Rechtslage:

In den zurückliegenden fünf Jahren hat sich auf dem Marktplatz in Norden durch private Initiative und ehrenamtliches Engagement von Norder Kaufleuten und Privatiers, die sich in der Interessengemeinschaft (IG) Ludgeri-Weihnachtsmarkt e. V. zusammengefunden haben, ein Weihnachtsmarkt der besonderen Art entwickelt und etabliert und damit auch zur Ergänzung der Aktivitäten des Wirtschaftsforums in der Einkaufs- und Erlebniszone Osterstraße/Neuer Weg beigetragen.

Die außergewöhnliche Atmosphäre des Ludgeri-Weihnachtsmarkt, die eine besondere Gemütlichkeit und Beschaulichkeit ausstrahlt, wird nicht nur durch die zahlreichen Weihnachts- und Aktionshütten auf dem Tormarkt sondern auch durch den Betrieb der „Nörder Schöfelbahn“ auf der Mittelmarktstraße und die Aufführungen des inzwischen sehr bekannten Krippenspiels durch das Ensemble der Niederdeutschen Bühne auf dem Mittelmarkt/Blücherplatz geprägt. Steigende Besucherzahlen belegen die unvergleichliche Attraktivität des abgestimmten Norder Gesamtkonzeptes.

Die IG Ludgeri-Weihnachtsmarkt e. V. stellt nun mit Schreiben vom 11.01.2010, das dieser Sit-

zungsvorlage beigefügt ist, den Antrag auf Erteilung einer verkehrsbehördlichen Erlaubnis und einer Sondernutzungserlaubnis zur Ausrichtung des Weihnachtsmarktes in bisheriger Form für einen Zeitraum von drei Jahren, um in diesem Zeitkorridor Planungssicherheit zu erhalten.

Die Verwaltung hat nun zu prüfen und abzuwägen, ob die Erlaubnis nach den einschlägigen Vorschriften (§§ 29 und 46 Straßenverkehrsordnung, Sondernutzungssatzung) auch unter Berücksichtigung der aktuellen Verkehrssituation erteilt werden kann.

Durch die breite öffentliche Diskussion in den vergangenen zwei Jahren sieht die Verwaltung die Notwendigkeit, den Antrag im Wirtschafts- und Finanzausschuss zur Beratung und Beschlussempfehlung vorzulegen.

Die Verwaltung vertritt die Auffassung, dass insbesondere die Abläufe und die Rahmenbedingungen zum Ludgeri-Weihnachtsmarkt in 2009 bei der Beurteilung und Bewertung des Antrages den Ausschlag geben sollten.

Die innerstädtischen Verkehrsströme haben sich seit der Eröffnung der Umgehungsstraße für jeden schon deutlich spürbar verändert. Die geplanten Umbauten an der Hauptverkehrsachse Norddeicher Straße/Burggraben und die geplanten Maßnahmen zum gegenläufigen Verkehr werden den Kernstadtbereich rund um den Marktplatz weiter vom Verkehrsaufkommen entlasten.

Die seit 2008 speziell entwickelte Verkehrsführung hat sich auch mit Blick auf die unterschiedlichen Interessenlagen in der Kaufmannschaft bewährt. Sie hat störungsfrei funktioniert. Das gilt auch für die Zuweisung der Bushaltestellen und des Taxenstandes.

Alternativ zum erstmals leicht veränderten Standort der Nörder Schöfelbahn sind veranlasst durch die öffentliche Diskussion erneut weitere Varianten zwischenzeitig von der Verwaltung geprüft worden. Der zuletzt ins Spiel gebrachte Standort Ostseite der Straße Am Markt (sowohl nördlich als auch südlich der Einmündung Osterstraße) kann mangels Querschnitt nicht umgesetzt werden.

Die Verwaltung hat im Rahmen der engen Zusammenarbeit mit den Vertretern der Niederdeutschen Bühne nur zustimmende Signale über den Standort des Krippenspiels erhalten. Die zu der Jahreszeit noch aktiven Wochenmarktbetreiber haben sich ebenfalls zufrieden gezeigt.

Durch die positiven Erfahrungen im vergangenen Jahr sieht sich die Verwaltung veranlasst, dem Antrag der IG Ludgeri-Weihnachtsmarkt zu entsprechen und vorseitige Beschlussempfehlung zu geben.

Stadtamtsrat Groeneweg gibt Erläuterungen zur Sitzungsvorlage.

Beigeordneter Wimberg erklärt, dass die SPD dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wegen des Standorts „Mittelmarktstraße“ nicht zustimmen könne.

Ratsherr Julius führt aus, dass auch die CDU Probleme mit dem Standort habe, der Torfmarkt wäre eine bessere Wahl gewesen. Es müsse eine bessere Lösung gefunden werden als die jetzt vorgeschlagene.

Ratsherr Dr. Hagena vertritt die Ansicht, dass das Krippenspiel, die Budenstadt und die Eisbahn Kriterien seien, die den Weihnachtsmarkt ausmachen würden. Der Betreiber der Eisbahn müsse hinsichtlich der Standortauswahl eine gewisse Freiheit behalten. Er dürfe durch anhaltende Standortdiskussionen nicht vergrault werden.

Bürgermeisterin Schlag erklärt, dass man sich darüber einig sein müsse, was uns der Weihnachtsmarkt wert sei.

Bestimmte Grundbedingungen sollten akzeptiert werden. Dann wäre zu klären, wie der Weihnachtsmarkt noch interessanter gemacht werden könne. Das Ziel müsse die Erhaltung, die Verbesserung und die Aufwertung des Weihnachtsmarktes sein.

Sie schlägt für den 11.3. ein interfraktionelles Treffen vor, an der die IG-Weihnachtsmarkt, der Eisbahn-Betreiber, Vertreter des Wirtschaftsforums sowie weitere relevante Interessenvertreter teilnehmen sollten. Die Entscheidung solle dann in der anschließenden Sitzung des Verwaltungsausschusses getroffen werden.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss beschließt:

Der Tagesordnungspunkt wird an den Verwaltungsausschuss weitergeleitet.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

- zu 14 Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 einschl. der Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen und des Eigenbetriebes SEN**
a) Beschlussfassung über die Jahresrechnung und die Jahresabschlüsse
b) Entlastung der Bürgermeisterin
0972/2010/1.1

Sach- und Rechtslage:

Das gemeinsame Rechnungsprüfungsamt der Städte Aurich/Norden hat die Prüfung der Jahresrechnung 2007 mit dem Schlussbericht nach § 120 NGO am 16.11.2009 abgeschlossen.

Die Prüfung der Jahresrechnung 2007 durch das RPA endet mit folgenden Feststellungen:

1. Der Haushaltsplan wurde eingehalten – abgesehen von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben -.
2. Die einzelnen Rechnungsbeträge wurden sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt.
3. Bei den Einnahmen und Ausgaben des gemeindlichen Geld- und Vermögensverkehrs wurde nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren.
4. Das Vermögen wurde richtig nachgewiesen.

Zu den Prüfungsbemerkungen im Schlussbericht des RPA wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Textziffern 1 u. 3:

Die vom RPA beanstandete Verfahrensweise erfolgte irrtümlich, da von falschem Zahlenmaterial ausgegangen wurde. Der Fehler blieb zunächst unbemerkt, so dass sich dieser über die Jahre 2006 und 2007 fortsetzte.

Das Zahlenmaterial wird umgehend aufgearbeitet. Die Abrechnung wird künftig korrekt erfolgen.

Zu Textziffer 2:

Mit der Anpassung der Dienstanweisungen an das neue Haushaltsrecht wurde im Fachdienst 1.1 bereits begonnen.

Zu Textziffer 3:

Am 13.12.2007 ging bei der Stadtkasse eine Zuwendung in Höhe von 3.000 € von der Ostfriesischen Landschaft für den Landesjugendchor Niedersachsen ein. Dieser Betrag wurde auf dem Verwahrgeldkonto 991017 (Fehlüberweisungen) vereinnahmt und am 28.12.2007 an den Landesjugendchor weitergeleitet.

Am selben Tag überwies die Stadtkasse aufgrund einer vom zuständigen Fachdienst veranlassenen Auszahlungsanordnung für das Verwahrgeldkonto 991024 (Verschiedene durchlaufende Gelder) nochmals einen Betrag von 3.000 € an den Landesjugendchor. Diese irrümliche Doppelzahlung wurde vom Zahlungsempfänger unverzüglich zurückgefordert. Die Erstattung der Überzahlung in Höhe von 3.000 € erfolgte am 15.04.2008. (Die Annahme und Weiterleitung der Zuwendung in Höhe von 3.000 € erfolgte auf der Grundlage eines privatrechtlichen Vertrages zwischen der Stadt Norden und der Ostfriesischen Landschaft vom 17.04.2007).

Der Bestätigungsvermerk in dem jeweiligen Bericht über den Jahresabschluss der kommunalen Einrichtungen Soziale Betriebe und Baubetriebshof schließt mit folgendem Wortlaut:

„Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter der Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Einrichtung. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Einrichtung.“

Der Bericht über den Jahresabschluss des Eigenbetriebes SEN enthält folgenden abschließenden Prüfungsvermerk:

„Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität geben zu Beanstandungen keinen Anlass. Die Stadtentwässerung wird wirtschaftlich geführt.“

Es wird umseitiger Beschluss entsprechend dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes empfohlen.

Beigeordneter Wilffang bemängelt, dass der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes etliche Fehler enthalte.

Er wünsche sich künftig bei der Erstellung mehr Aufmerksamkeit.

Bürgermeisterin Schlag bittet den Beigeordneten Wilffang den Korrekturbedarf für den Schlussbericht aufzulisten und der Verwaltung zur Verfügung zu stellen.

FBL Harms möchte zu dem Problem „Rechnungsprüfungsamt“ im nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung Stellung nehmen.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss beschließt:

Der Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses erneut beraten.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 15 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

zu 16 Anfragen

Beigeordneter Lütkehus erkundigt sich nach dem Umsetzungsstand des Projektes „Norder Gewerbeimmobilienkataster (GIK)“.

Verw.-Ang. Swyter antwortet, dass leider nur ein kleiner Teil der Norder Maklerbüros sich aktiv an dem Projekt beteiligt. Aus der Sicht der Stadt Norden ist es trotzdem ein Erfolg, da sich die Zugriffszahlen auf das Norder Standortprofil, seit der Einführung des GIK, vervielfacht haben.

zu 17 Wünsche und Anregungen

Keine.

zu 18 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.53 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Bürgermeisterin

Der Protokollführer

- Lütkehus -

- Schlag -

- Wiards -

